



Herrn  
Oliver Krischer  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Brigitte Zypries MdB**

Parlamentarische Staatssekretärin  
Kordinatorin der Bundesregierung  
für die Luft- und Raumfahrt

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6950

FAX +49 30 18615 5242

E-MAIL buero-pst-z@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 11. März 2014

**Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat März 2014  
Frage Nr. 30**

Sehr geehrter Herr Kollege,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

**Frage:**

**Welche bereits erfolgten oder angekündigten Verlagerungen von stromintensiven Produktionsstätten der Industrie infolge angeblich zu hoher Strompreise in Deutschland ins Ausland, v. a. in die USA, sind der Bundesregierung bekannt (bitte Auflistung der Unternehmen, der betroffenen Standorte und der Zahl der Arbeitsplätze) und welche Schlussfolgerungen bzw. Konsequenzen zieht sie daraus?**

**Antwort:**

Der Bundesregierung liegen bezüglich des Ausmaßes der Verlagerungen von stromintensiven Produktionsstätten ins Ausland keine umfassenden Daten vor. Die in Deutschland im internationalen und europäischen Vergleich hohen Strompreise werden allerdings von vielen stromintensiven und im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen zunehmend als Wettbewerbsnachteil gesehen.

Die Entscheidungen von Unternehmen über Standort- oder Produktionsverlagerungen in Drittstaaten sind von vielen Einzelfaktoren abhängig. In einigen Industriezweigen stellen die Strompreise einen erheblichen Kostenanteil dar. In diesen Fällen bedeuten Kostennachteile für den Standort Deutschland, dass in diesen strom- und

energieintensiven Branchen die Gefahr der Verlagerung der Produktion sowie von CO<sub>2</sub>-Emissionen (Carbon Leakage) besteht. Die Erwartung, dass sich energiebedingte Kostennachteile mittelfristig nicht umkehren werden, kann Neuinvestitionen in der Industrie und damit die Schaffung neuer und den Erhalt bestehender Arbeitsplätze in Deutschland verhindern.

Aus Sicht der Bundesregierung dürfen solche Kostennachteile zum einen die langfristige Wettbewerbsfähigkeit deutscher energieintensiver Unternehmen nicht gefährden und sollten insbesondere dort, wo sie die Wettbewerbsfähigkeit von Industrieunternehmen betreffen, abgebaut werden. Zum anderen müssen Maßnahmen zur Entlastung der betroffenen Unternehmen von energiepolitisch bedingten Steuern, Abgaben und Umlagen beibehalten werden, wo sie zur Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erforderlich sind.

Die Bundesregierung führt kein Register über Entscheidungen von Unternehmen, Produktionsstandorte ins Ausland zu verlagern. Sie kann mangels Kenntnis der Kostenstrukturen sowie der sonstigen unternehmerischen Entscheidungen (z. B. Marktnähe, Zugang zu Produktionsfaktoren, etc.) der jeweiligen Unternehmen ebenso wenig beurteilen, welche weiteren Gründe für Standortentscheidungen maßgeblich gewesen sein könnten. Eine vollständige Auflistung von Einzelfällen ist vor diesem Hintergrund nicht möglich. Belastbare Zahlen liegen der Bundesregierung weder bezüglich der Gesamtanzahl von Standortverlagerungen noch bezüglich davon betroffener Arbeitsplätze vor.

Allein in jüngster Zeit haben Medien über eine Reihe von Investitionsentscheidungen berichtet, die von den Unternehmen vor allem mit hohen Strompreisen in Deutschland begründet wurden.

- Outokumpu: Das Edelstahlwerk (Flüssigphase) am Standort Krefeld wurde geschlossen und es ist geplant, das Stahlwerk am Standort Bochum in 2015 ebenfalls zu schließen. Hiervon betroffen wären 450 Mitarbeiter.
- SGL Carbon/BMW: Das neue Werk zur Fertigung von Carbonfasern wurde in den USA gebaut, da die Strompreise am dortigen Standort ein Drittel von den deutschen betragen.
- Chemiekonzern Wacker. In den letzten beiden Jahren floss der Großteil der Investitionen in den Aufbau eines neuen Reinstsilizium-Standorts in den USA

- Das Chemieunternehmen Clariant plante bis vor kurzem in deutsche Standorte zu investieren. Wegen der hohen Stromkosten finden die Investitionen jetzt nicht statt. Die Investitionen fließen nun in Standorte in den USA.
- Autozulieferer Borgers: Verzicht auf den Bau einer neuen Anlage am Stammsitz in Bocholt.

Zudem hat nach einer Erhebung des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) die deutsche chemische Industrie rund 6,5 Milliarden Euro in Nordamerika in neue Produktionsanlagen oder ihre Erweiterung investiert (Quelle: VCI-Pressemitteilung „Deutsche Chemie investiert verstärkt im Ausland“ vom 25. November 2013). Allein 2012 seien die Investitionen der Branche in Nordamerika um 54 Prozent auf rund 3,2 Milliarden Euro gestiegen. Inzwischen gingen über 41 Prozent der Auslandsinvestitionen der chemischen Industrie dorthin; 2005 seien es nur knapp 28 Prozent gewesen.

Die Gründe für die einzelnen Standortentscheidungen können von der Bundesregierung nicht abschließend beurteilt werden, einschließlich der Frage, inwieweit in den hier beispielhaft genannten Fällen die hohen Strompreise für die Standortentscheidung maßgeblich waren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Sigrid Zyparis".